

Wiener Netze GmbH | Erdbergstraße 236 | 1110 Wien

Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)
Rudolfplatz 13a
A-1010 Wien

per E-Mail an:
recht-post@e-control.at

Rechtsangelegenheiten

Kontakt: Mag. Jennifer Jandrisits
Mobil: +43 (0)664 886 229 94
E-Mail: jennifer.jandrisits@wienernetze.at

Datum: 06.02.2026

Unser Zeichen: RA-035/2026-Begutachtungen

Stellungnahme der Wiener Netze GmbH | V WVO 01/26

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Verordnung der E-Control über den Wechsel sowie die Neuanmeldung und Abmeldung (Wechselverordnung 2026 - WVO 2026)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wiener Netze GmbH bedankt sich für die Möglichkeit zur Rückmeldung zum Begutachtungsentwurf zur Wechselverordnung 2026 (WVO 2026).

ZUR VERORDNUNG SELBST

1. Allgemeines

Die Wiener Netze GmbH regt an, die im Begutachtungsentwurf verwendeten Begrifflichkeiten durchgehend zu vereinheitlichen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem neu ausgestalteten Wechselprozess sollte eine klare und eindeutige Terminologie festgelegt und konsistent verwendet werden. Derzeit finden sich unterschiedliche Bezeichnungen (unter anderem „registrierter Lieferant“, „vorläufiger Lieferant“ sowie „neuer Lieferant“), deren Abgrenzung nicht hinreichend ersichtlich ist. Zur Vermeidung von Auslegungsunsicherheiten und zur Gewährleistung eines einheitlichen Vollzugs wird daher die Präzisierung und konsistente Verwendung der einschlägigen Begriffe vorgeschlagen.

2. Verordnungsentwurf

Im Konkreten möchten wir folgendermaßen zum Entwurf Stellung nehmen:

§ 5 - Verweigerung der Durchführung der Verfahren

Die Ziffer 4 des § 5 Abs. 1 gehört um den Buchstaben „k“ erweitert, sodass es heißt

Z 4. bei keiner rechtsgültigen Bevollmächtigung

Wiener Netze GmbH | Erdbergstraße 236 | 1110 Wien | FN 174300z | Handelsgericht Wien | UID-NR: ATU45394906 | wienernetze.at
Gas-Notruf bei Gasgeruch: 128 | Gasnetzstörung: 0800 500 868 | Stromnetzstörung: 0800 500 600 | Fernwärmenetzstörung: 0800 500 751

Service Treff der Wiener Stadtwerke | Spittelauer Lände 45 | 1090 Wien | Montag bis Mittwoch und Freitag 8:00 - 15:00 Uhr, Donnerstag 8:00 - 17:30 Uhr

WIENER LINIEN | WIEN ENERGIE | WIENER NETZE | WIENER LOKALBAHNEN | WIPARK | WIEN IT
BESTATTUNG WIEN | FRIEDHÖFE WIEN | UPSTREAM MOBILITY | IMMOH | GWSG

WIENER STADTWERKE GRUPPE

§ 8 – Zählpunkt- und Endkundenidentifikation

Wir ersuchen um die Streichung des kompletten Abs. 4:

~~(4) Ist die Identifikation nicht oder nicht eindeutig möglich kann der Netzbetreiber zusätzliche Daten vom neuen Lieferanten mittels standardisierter Meldung anfordern. Ist eine Identifikation weiterhin nicht möglich, hat der Netzbetreiber dem neuen Lieferanten dies mittels standardisierter Meldung mitzuteilen.~~

Begründung: Die automatisierte Suchlogik ist äußerst komplex ausgestaltet, da sämtliche vom Lieferanten übermittelten Angaben in die Prüfungen einbezogen werden müssen. Um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, sollte klargestellt werden, dass der Netzbetreiber im Rahmen der Rückmeldung die Ergebnisse der einzelnen Prüfschritte offenlegt. Dadurch wird dem Lieferanten ermöglicht, eindeutig nachzuvollziehen, welche Daten fehlen bzw. einer Überprüfung zu unterziehen sind. Eine gesonderte Nachfrage des Netzbetreibers ergibt sich in diesem Zusammenhang aus einer allfälligen Ablehnung.

Der Abs. 5 ist dahingehend richtigzustellen, dass es heißt

(5) Der ~~aktuelle Lieferant~~ **Netzbetreiber** hat die Anfrage des neuen Lieferanten zur Übermittlung von Daten innerhalb von 24 Stunden nach Einlangen der Anfrage zu beantworten.

§ 10 – Vorläufige Wechselanfrage

§ 10 Abs. 1 zweiter Satz muss lauten

Ist dem ~~Endkunden~~ **neuen Lieferanten** die Zählpunktbezeichnung im Rahmen der Bevollmächtigung nicht bekannt, so ist die Zählpunkt- und Endkundenidentifikation für den neuen Lieferanten gemäß ~~§ 10~~ **8** vor der Einreichung der vorläufigen Wechselanfrage verpflichtend durchzuführen.

§ 13 – Stornierung des technischen Wechsels

Ferner wird angeregt, in der einschlägigen Überschrift den Begriff „technisch“ zu streichen. Hintergrund ist, dass sowohl ein registrierter als auch ein technischer Wechsel storniert werden kann; die Beschränkung auf „technisch“ ist daher irreführend.

Die Überschrift sollte demnach ohne den Zusatz „technisch“ gefasst werden:

§ 13 – Stornierung des ~~technischen~~ Wechsels

§ 14 – Vorgelagerter Datenabgleich

§ 14 Abs. 1 zweiter Satz muss lauten

*Ist dem ~~Endkunden~~ **Lieferanten** die Zählpunktbezeichnung nicht bekannt, so ist der vorgelagerte Datenabgleich verpflichtend durchzuführen.*

Ferner ersuchen wir um ersatzlose Streichung des § 14 Abs. 3:

~~*Der Netzbetreiber hat den neuen Lieferanten bei nicht identifizierbaren Daten zu informieren und anschließend zumindest einmalig, unter Einbeziehung aller vorhandenen Daten, eine manuelle Suchabfrage innerhalb von 48 Stunden vorzunehmen. Sind die Daten nach der manuellen Überprüfung weiterhin nicht identifizierbar, hat dies der Netzbetreiber dem neuen Lieferanten unverzüglich mittels standardisierter Meldung mitzuteilen.*~~

Begründung: Die pauschale Zuweisung sämtlicher Anfragen, bei denen die automatisierte Suche kein eindeutiges Ergebnis liefert, zu einer manuellen Prüfung erscheint nicht sachgerecht. Bereits im Rahmen der automatisierten Suche werden sämtliche vom Lieferanten übermittelten Angaben berücksichtigt. Im Zuge der Rückmeldung teilt der Netzbetreiber die Ergebnisse der einzelnen Prüfschritte mit, sodass für den Lieferanten transparent nachvollziehbar ist, welche Daten fehlen bzw. einer Überprüfung bedürfen. Eine generelle manuelle Prüfung aller nicht eindeutig zuordenbaren Anfragen würde den Prozess unnötig verzögern. Bei einer negativen Rückmeldung hat der Lieferant die übermittelten Angaben mit seinem Kunden zu verifizieren und erforderlichenfalls zu berichtigen.

Daraus ergibt sich die Begründung zur Streichung des Halbsatzes im § 14 Abs. 4 und der Reduzierung der Frist auf **48 Stunden**:

*Der vorgelagerte Datenabgleich ist innerhalb von ~~72~~ **48** Stunden abzuschließen, wobei die Frist von ~~24 Stunden für die automatisierte Suchabfrage iSd Abs. 2 in diese Frist einzurechnen ist.~~*

§ 16 – Neuanmeldung einer Anlage durch den Netzbetreiber

Der Belieferungswunsch sollte grundsätzlich in seiner derzeitigen Regelung bestehen bleiben. Dies aus folgenden Gründen:

1. Der Belieferungswunsch ist unverbindlich.
2. Der Kunde kann einen Belieferungswunsch auch ohne Nennung eines Lieferanten beim Netzbetreiber bekanntgeben. Dem Kunden werden hierfür 24 Stunden zur Suche eines Lieferanten eingeräumt. Es besteht jedoch keine Verpflichtung des Kunden, den gewählten Lieferanten dem Netzbetreiber zu melden.
3. Der Kunde kann seinem ursprünglichen Belieferungswunsch widersprechen und einen Liefervertrag mit einem anderen Lieferanten abschließen. In diesem Fall kann der neu gewählte Lieferant keine Anmeldung einleiten, solange der ursprüngliche Belieferungswunsch aufrecht ist.
4. Der Kunde, der den Belieferungswunsch ursprünglich eingeleitet hat, ist nicht zwingend ident mit dem Kunden, der den Liefervertrag abschließt (etwa, wenn eine andere Person im Haushalt die Energiekosten übernimmt oder sich der Firmenwortlaut ändert).
5. Zieht der potenzielle Kunde nicht in die Anlage ein, weil der Mietvertrag mit einem anderen Kunden abgeschlossen wurde, kann auch in diesem Fall der Lieferant des ursprünglichen Kunden keine Anmeldung einleiten, solange der Belieferungswunsch aufrecht ist.
6. Der Belieferungswunsch dient in erster Linie der Vermeidung von Abschaltungen, wenn ein potenzieller Kunde die Anlage übernimmt. Dem Kunden wird dadurch bereits eine Frist eingeräumt, einen Liefervertrag abzuschließen und somit eine Abschaltung zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund wird eine Ablehnung des Belieferungswunsches dem Grunde nach nicht kritisch gesehen; die Ablehnung sollte jedoch aus den oben dargelegten Gründen lediglich optional vorgesehen und nicht verpflichtend ausgestaltet werden.

Die derzeit gültige Fassung zum Thema Belieferungswunsch aus dem Anhang der Wechselverordnung:

Im Strombereich gilt Folgendes: Gibt der Endverbraucher dem Netzbetreiber den Wunsch bekannt, von einem neuen Lieferanten beliefert zu werden, hat der Netzbetreiber den neuen Lieferanten unverzüglich, jedoch längstens innerhalb von einem Arbeitstag von diesem Belieferungswunsch zu verständigen. Der Netzbetreiber hat mit dieser Verständigung dem neuen Lieferanten zeitgleich zumindest folgende Informationen zu übermitteln:

- Vor- und Nachname bzw. Firma
- Postleitzahl
- Ort
- Straßenbezeichnung
- Hausnummer
- Stiege
- Stock
- Türnummer
- Zählpunktbezeichnung
- Standardlastprofil gemäß Kapitel 6 der Sonstigen Marktregeln Strom
- Energierichtung
- Kontaktdaten des Endverbrauchers (Telefonnummer und/oder E-Mail Adresse)
- Gewünschter Beginn der Belieferung

Im Gasbereich gilt Folgendes: Gibt der Endverbraucher dem Netzbetreiber den Wunsch bekannt, von einem neuen Lieferanten beliefert zu werden, hat der Netzbetreiber den neuen Lieferanten unverzüglich, jedoch längstens innerhalb von einem Arbeitstag von diesem Belieferungswunsch zu verständigen. Der Netzbetreiber hat mit dieser Verständigung dem neuen Lieferanten zeitgleich zumindest folgende Informationen zu übermitteln:

- Vor- und Nachnamen bzw. Firma
- Postleitzahl
- Ort
- Straßenbezeichnung
- Hausnummer
- Stiege
- Stock
- Türnummer
- Zählpunktbezeichnung
- Standardlastprofil gemäß Lastprofilverordnung 2006 idgF bzw. Vorliegen eines intelligenten Messgerätes oder eines Lastprofilzählers
- Netzebene
- Monat der Ablesung
- Prognostizierter Jahresverbrauch in kWh gemäß Netzzugangsvertrag
- Höchstleistung in kWh/h gemäß Netzzugangsvertrag
- Bei Endverbrauchern mit Lastprofilzählern die Information, ob die Bilanzierung auf
- Stunden- oder Tagesbasis erfolgt und das Datum der letztmaligen Umstellung der Bilanzierungsmethode
- Kontaktdaten des Endverbrauchers (Telefonnummer und/oder E-Mail Adresse)
- Gewünschter Beginn der Belieferung

Sowohl für den **Strom-** als auch **Gasbereich** hat der neue Lieferant dem Netzbetreiber innerhalb von 8 Arbeitstagen nach Einlangen dieser Informationen die Belieferung im Wege des Verfahrens der Anmeldung zu bestätigen und den Endverbraucher darüber zu informieren. Langt keine Bestätigung durch den Lieferanten im Wege der Wechselplattform innerhalb dieser Frist ein, ist das Verfahren der Anmeldung durch den Netzbetreiber abubrechen. Der Netzbetreiber hat den Endverbraucher in geeigneter Weise unverzüglich über die Nichtbelieferung zu informieren.

§ 20 – Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Hierzu ist zu sagen, dass bis zum Inkrafttreten der Verordnung am 01.04.2026 die erforderlichen Anpassungen in den einschlägigen Prozessen voraussichtlich nicht vollständig umsetzbar sind. Hierfür bedarf es einer neuen Spezifikation zur Wechselverordnung samt ordnungsgemäßer Konsultation, in deren Rahmen allen Marktteilnehmern die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt wird. Zudem erfolgt die Ernennung des Auffangversorgers gemäß ElWG erst mit 1.6.2026, wodurch eine zeitliche Lücke entsteht.

Vor diesem Hintergrund erachten wir es als sachgerecht und wünschenswert, den **01.04.2027** als realistischen Umsetzungstermin ins Auge zu fassen.

ZUM ANHANG – ABLAUF DER VERFAHREN

1.3 – Stornierung

Es muss heißen:

*Dem ~~Netzbetreiber~~ **Lieferanten** ist hierfür eine standardisierte Meldung zu übermitteln.*

2.2 – Zählpunkt- und Endkundenidentifikation beim Netzbetreiber (§ 8) – Höchstfrist 24h

An der betreffenden Stelle ist ein Tippfehler enthalten; korrekt lautet es „übermittelnde“.

2.4.1 – Einleitung

Der neue Lieferant hat dem Netzbetreiber folgende Daten für die Einleitung der vorläufigen Wechselanfrage zu übermitteln:

- *Zählpunktbezeichnung*
- *Vor- und Nachname bzw. Firmenname*
- *beabsichtigter Wechseltermin*
- *Netzrechnungsempfänger*
- **Im Strombereich:**
 - *Abrechnungszyklus*
 - *Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls ~~(bei Vollmacht durch den Endkunden)~~*

Begründung: Eine Streichung ist insoweit erforderlich, als das geltende EIWG eine Viertelstunden-Auslesung vorsieht und somit keine Vollmacht mehr notwendig ist.

2.4.2 – Prüfung und Übermittlung der vorläufigen Wechselanfrage durch den Netzbetreiber | Höchstfrist 24h

Der zweite Satz im 2. Absatz ist ersatzlos zu streichen:

Der Netzbetreiber hat zu prüfen, ob die durch den neuen Lieferanten angegebene Zählpunktbezeichnung sowie der Vor- und Nachname bzw. Firmenname mit den bei ihm vorliegenden Daten übereinstimmen. ~~Liefert eine automatisierte Prüfung kein eindeutiges Ergebnis, so ist eine nicht automatisierte Bearbeitung innerhalb der festgelegten Höchstfrist zulässig.~~

Begründung: Kann durch die automatisierte Suche der Zählpunkt nicht identifiziert werden, muss eine Zählpunktsidentifikation (=ZPID) durchgeführt werden. Im Wechsel müssen die Angaben des Lieferanten mit den Daten des Netzbetreibers übereinstimmen.

Im 4. Absatz muss der zweite Satz wie folgt lauten:

*Ist der **technische registrierte** Wechsel aufgrund einer Verfahrensüberschneidung zum beabsichtigten Wechseltermin nicht möglich, hat der Netzbetreiber die vorläufige Wechselanfrage mittels standardisierter Meldung abzubrechen.*

2.4.3 – Einwand aus zivilrechtlichen Gründen (§ 11) | Höchstfrist 24h

Zum 1. Absatz ist zu sagen, dass ein Einwand eindeutig auf eine Bindung hinweist und daher ist keine Begründung an den Netzbetreiber notwendig.

Der 4. Absatz lautet:

Wurde vom aktuellen Lieferanten ein Einwand erhoben, kann der neue Lieferant auf die Einleitung des technischen Wechsels weiterhin beharren. Er hat diesfalls den technischen Wechsel innerhalb von 96 Stunden nach Einleitung der vorläufigen Wechselanfrage einzuleiten (siehe Punkt 2.5.1). Möchte der neue Lieferant auf die Einleitung des technischen Wechsels nicht beharren, so kann dieser die standardisierte Meldung „keine Beharrung“ an den Netzbetreiber übermitteln.

Derzeit lautet die standardisierte Meldung „Meldung über Beendigung“. Diese Bezeichnung sollte beibehalten werden, weil sie den Abbruch des Wechsels durch den Lieferanten auslöst. Erfolgt keine Meldung des registrierten Lieferanten, nimmt der Netzbetreiber den Abbruch des registrierten Wechsels vor.

2.5.2 – Abschluss des technischen Wechsels und Übermittlung der Wechselinformation | Höchstfrist 24h

Im Strombereich hat der Netzbetreiber dem neuen Lieferanten folgende Daten zu übermitteln:

- Bei Endkunden mit standardisiertem Lastprofil den Jahresverbrauchswert unter Angabe des letzten Abrechnungszeitraumes
- [...]

- ~~Änderung des~~ Mess- und Übertragungsintervalls (bei Vollmacht durch Endkunden)
- Registrierter Wechseltermin
- ~~Bilanzgruppe~~

Diese beiden Streichungen sind erforderlich, da die Änderung des Mess- und Übergabeintervalls vom Lieferanten bekanntzugeben ist. Der Netzbetreiber gibt die tatsächlichen Voraussetzungen bekannt. Die Bilanzgruppe ist grundsätzlich vom Lieferanten bekanntzugeben; daran sollte festgehalten werden.

2.6 – Stornierung des ~~technischen~~ Wechsels (§ 13)

Es wird um Streichung des Begriffes „technisch“ in der Überschrift ersucht:

Stornierung des ~~technischen~~ Wechsels (§ 13)

2.6.2. – Überprüfung durch den Netzbetreiber | Höchstfrist 24h

Wir ersuchen um Streichung des 2. Satzes:

Der Netzbetreiber hat zu prüfen, ob die durch den neuen Lieferanten angegebene Zählpunktbezeichnung sowie der Vor- und Nachname bzw. Firmenname mit den bei ihm vorliegenden Daten übereinstimmen. ~~Liefert eine automatisierte Prüfung kein eindeutiges Ergebnis, so ist eine nicht automatisierte Bearbeitung innerhalb der festgelegten Höchstfrist zulässig.~~ Bei Nichtübereinstimmung der Daten hat der Netzbetreiber das Storno mittels standardisierter Meldung „registrierter Wechsel nicht identifiziert“ an den registrierten Lieferanten abubrechen.

Begründung: Bei einem Storno müssen die Daten übereinstimmen. Die automatisierten Prüfungen sind ausreichend. Eine manuelle Nachbearbeitung ist auf Grund der Fristen nicht möglich.

3.1 – Identifikation der Endkundenanlage (§ 14)

Absatz 2 ist zu streichen:

~~*Bei nicht identifizierbaren Daten hat der Netzbetreiber zeitgleich eine standardisierte Meldung „manuelle Prüfung aufgrund nicht identifizierbarer Daten erforderlich“ zu übermitteln.*~~

Begründung: Wir dürfen diesbezüglich auf die Ausführungen zum § 16 WVO 2026 verweisen.

3.2 – Einleitung durch den Lieferanten (§ 15)

Bei den zu übermittelnden Daten wird im Strombereich folgende Streichung und Ergänzung angeregt:

Im Strombereich:

- ~~Voll-/Überschusseinspeiser~~
- Abrechnungszyklus
- Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls (bei Vollmacht durch Endkunden)
- ~~Kennzeichen neue Markttrollen~~
- ~~Kennzeichen Betriebsmittel (z.B. gemäß § 54 Abs. 2 bzw. § 98 EIWG)~~

- **Nennung der Bilanzgruppe**

Begründung: Diese Daten liegen beim Netzbetreiber und nicht beim Lieferanten auf. Sie werden vom Netzbetreiber bei der Antwort übermittelt.

Dahingegen fehlt in der Aufzählung die Bilanzgruppe. Beim Wechsel wird dieser explizit genannt, allerdings nicht bei der Anmeldung.

Nach unserer Auffassung sollte Absatz 4 wie folgt lauten:

*Bei Anlagen in Betrieb hat der ~~Lieferant~~ **Netzbetreiber** den ~~Netzbetreiber~~ **Lieferanten** im Wege der Wechselplattform zu informieren, wenn der zwischen dem Endkunden und dem Lieferanten vereinbarte Liefertermin vor der Einleitung der Neuanschaffung liegt.*

Begründung: Der Lieferant hat keine Kenntnis darüber, ob eine Anlage in Betrieb ist oder nicht.

3.2.1 – Keine Durchführung der Neuanschaffung

Es wird angeregt, die 96-Stunden-Frist ersatzlos zu streichen:

Bei einer Anlage in Betrieb: Wird die standardisierte Meldung „Aufrechter Energieliefervertrag an der Anlagenadresse vorhanden“ übermittelt, hat der Netzbetreiber dies dem aktuellen Lieferanten an der anzumeldenden Anlage zu übermitteln. Der aktuelle Lieferant hat den Endkunden über die Neuanschaffung und deren Zeitpunkt zu informieren und darauf hinzuweisen, dass die Anlage abgemeldet wird, ~~sofern er dieser nicht innerhalb von 96 Stunden widerspricht~~. Der aktuelle Lieferant hat dem Netzbetreiber mittels standardisierter Meldung mitzuteilen, ob der Endkunde der Neuanschaffung widerspricht. Diesfalls hat der Netzbetreiber den Anmeldeprozess abubrechen.

Begründung: Nach der vorgeschlagenen Änderung würden sämtliche Anmeldungen, die bei aufrechter Versorgung gestartet werden, automatisch zu rückwirkenden Prozessen, da die Abmeldung erst nach 96 Stunden final bestätigt werden kann; eine Anmeldung kann folglich erst nach erfolgter finaler Abmeldung endgültig bestätigt werden. Dies stellt einen Rückschritt für die Branche dar, nachdem rückwirkende Anmeldungen bei aufrechter Versorgung im Oktober 2024 abgeschafft wurden. Bei Kunden, die keine Kontaktdaten bekanntgegeben haben, hätte eine Rückfrage schriftlich per Post zu erfolgen; der hierfür maßgebliche Fristenlauf ist jedoch zu eng bemessen. Demgegenüber ist zu erwarten, dass die Einführung der zählpunktscharfen Anmeldung sowie die verpflichtende Anlagenabfrage, sofern der Zählpunkt dem Lieferanten nicht bekannt ist, die Qualität der Anmeldungen bereits erheblich steigern und damit den Großteil der Anmeldungen, die rückabgewickelt werden müssten, reduzieren wird. Darüber hinaus ermöglicht die vorgesehene Informationspflicht des Lieferanten im Falle einer Abmeldung eines Kunden durch eine Anmeldung, „Falschanmeldungen“ aufgrund der Rückmeldungen betroffener Kunden rascher zu identifizieren. Die Rückabwicklung stellt den Ursprungszustand wieder her, sodass dem fälschlich abgemeldeten Kunden kein Schaden entstehen darf; insbesondere bleibt der bestehende Energieliefervertrag aufrecht.

3.2.2 – Durchführung der Neuanschaffung

Wie bereits dargelegt übermittelt der Netzbetreiber Mess- und Übertragungsintervalle, jedoch nicht die Änderung dieser. Die Änderungen gibt der Lieferant bekannt, der Netzbetreiber gibt die tatsächlichen Voraussetzungen bekannt.

Der Netzbetreiber hat dem neuen Lieferanten bis fünf Arbeitstage [...] nach Inbetriebnahme der Anlage die finale Anmeldebestätigung zu übermitteln:

Entwurf

- *Eine Bestätigung über die Neuansmeldung mit dem Beginn für die Belieferung mit Energie*
- *Vor- und Nachnamen bzw. Firma*
- *[..]*
- *~~Änderung des~~ Mess- und Übertragungsintervalls (bei Vollmacht durch Endkunden)*
- *[..]*

3.3. – Einleitung durch den Netzbetreiber (§ 16)

Hierzu dürfen wir auf die Anmerkungen im Teil zur Wechselverordnung selbst verweisen.

ZU DEN ERLÄUTERUNGEN

Zu § 10 Abs. 1

Zur Veranschaulichung erlauben wir uns, einen datumsbezogenen Beispielsfall mit möglichen Herausforderungen darzustellen:

Gewünschter Wechseltermin:

- 01.01.2026

Frühestmöglicher Termin zur Einleitung der vorläufigen Wechselanfrage: 20 Arbeitstage vor dem nächsten 1. des Monats, unter Berücksichtigung von Feiertagen:

- 27.11.2025 (Feiertage 8., 24. – 26.12. und 31.12.2025 sowie Wochenenden)

Spätestmöglicher Termin zur Einleitung der vorläufigen Wechselanfrage: 6 Arbeitstage vor dem nächsten 1. des Monats unter Berücksichtigung von Feiertagen:

- 18.12.2025 (Feiertage 8., 24. – 26.12. und 31.12.2025 sowie Wochenenden)

Zu 4.3 (Beendigung aus anderen Gründen)

Entscheidend ist der zweite Satz:

Der Netzbetreiber hat das Verfahren so zu führen, als hätte der Endkunde einen Belieferungswunsch hinsichtlich dem Auffang- bzw. Ersatzversorger geäußert.

Der Netzbetreiber initiiert eine tatsächliche Anmeldung und keinen Belieferungswunsch. Würde das Prozedere des Belieferungswunsches angewendet werden, würde das Verfahren unnötig verzögert werden und es gebe keine Möglichkeit eine Ablehnung durch den Lieferanten klar zu erkennen. Wir dürfen auf die Anmerkungen zum § 16 WVO 2026 verweisen.

Als *Beilage 1* zu dieser Stellungnahme übermitteln wir das Protokoll der Kleingruppe zur Wechselverordnung (WVO) 2026 bei Österreichs Energie vom 28.01.2026; es handelt sich um das Ergebnis der Branchendiskussion, in der der gesamte Begutachtungsentwurf (VO-Text), punktuelle Erläuterungen sowie ausgewählte Punkte des Anhangs auf Basis des Inputs der KG-Mitglieder behandelt und entsprechend protokolliert wurden.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße
Ihre Wiener Netze



Mag. Martin Beer
Leiter Rechtsangelegenheiten

Beilage 1 / Protokoll der Kleingruppe zum Wechselprozess (OE)